

**wir helfen** :  
die Aktion des **Kölner Stadt-Anzeiger** für Kinder



Hedwig Neven DuMont,  
Vereinsgründerin

Aktuelle  
Spendensumme

**1.328.105 Euro**

# „Teilhabe ist ein Menschenrecht, keine Kann-Leistung“

Kölner Träger kritisieren die geplanten Kürzungen der Eingliederungshilfe für behinderte Kinder

VON CAROLINE KRON

Antons (16) Weg zum Abitur an einer Münstersdorfer Schule ebnet ihm unter anderem auch seine Schulbegleiterin, deren Assistenz er aufgrund seiner Autismusspektrumsstörung dringend benötigt. Marla (12) aus Porz, die sich mithilfe eines Rollstuhls fortbewegt, ist, um den Jugendtreff und das Rollstuhl-Basketballtraining zu besuchen, auf einen Freizeitassistenten angewiesen. Simon (4) ist körperlich und geistig beeinträchtigt, besucht deshalb eine heilpädagogische Kindertagesstätte in Rodenkirchen – und zweimal pro Woche eine Therapeutin.

Diese so genannten Eingliederungshilfen, also staatliche Unterstützungsangebote, sollen beeinträchtigten jungen Menschen eine individuelle Lebensführung ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht, und eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft fördern. Diese Sozialleistungen sind durch das Bundessteuergesetz geregelt und seit dem Jahr 2020 im „Sozialgesetzbuch Neun“ zu finden. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird Menschen mit Behinderung übrigens schon im Grundgesetz garantiert: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“.

## Hilfen, um am sozialen Leben teilzuhaben

Bei der letzten Erhebung aus dem Jahr 2023 erhielten deutschlandweit rund eine Millionen Menschen, davon 31,6 Prozent Kinder unter 18 Jahren, Leistungen der Eingliederungshilfe, was einer Steigerung um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im Regierungsbezirk Köln erhielten rund 60.000 Menschen, davon knapp ein Drittel unter 18-Jährige, Eingliederungshilfen – ein Großteil von ihnen nahmen sie in Anspruch, um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Dazu zählen qualifizierte Assistenzen, die Betroffenen helfen, ihren Alltag selbstbestimmt und eigenständig zu bewältigen sowie heilpädagogische Leistungen für noch nicht eingeschulte Kinder, wie zum Beispiel ambulante Hilfen, Tages- und stationäre Einrichtungen oder Pflegepersonen. Daneben gibt es Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und an Bildung sowie zur medizinischen Rehabilitation. Die Ausgaben für Eingliederungshilfen beliefen sich im Jahr 2023 bundesweit auf rund 25,4 Milliarden Euro, und damit 9,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

## Große Verunsicherung bei Betroffenen

Diese Steigerungsrate empfindet Bundeskanzler Friedrich Merz nun „als nicht länger akzeptabel“, wie er auf dem Kommunalkon-



Eingliederungshilfen sollen behinderten jungen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an Bildung gewähren, dazu zählen auch Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter.  
Foto: Imago/Wavebreak Media Ltd

gress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes verkündet hat. Sein Ansinnen, die Eingliederungshilfe auf den Prüfstand zu stellen, führt zu einer großen Verunsicherung bei den Betroffenen – da es vermuten lässt, dass künftig an den Leistungen für Menschen mit Behinderungen gespart werden soll.

Die indirekten Sparforderungen des Kanzlers werfen viele Fragen auf – und sorgen für mächtig Gegenwind. „Mit dieser pauschalen Aussage unterstellt der Kanzler, dass Menschen mit Behinderung zu Unrecht Leistungen beziehen und zu viel Geld kosten. Das ist ungeheuerlich! Betroffene Menschen erhalten ausschließlich bedarfsgerechte Unterstützung, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wer denkt, Menschen mit Behinderung machen sich ein schönes Leben auf Kosten des Staates, der irrt gewaltig“, kritisiert die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe Ulla Schmidt.

## Betroffene Mutter startet Petition

Lisa Behme, eine betroffene Mutter von drei pflegebedürftigen Kindern und selbst Schulbegleiterin, reagierte auf die Aussagen des Kanzlers unmittelbar mit einer Petition auf Change.org, die eine klare Botschaft enthält: Teilhabe ist kein Luxus! Seitdem haben mehr als 170.000 Menschen die Petition unterzeichnet, um sich gegen die angekündigten Kürzungen einzusetzen. Behme beschreibt eindrücklich, was die geplanten Kürzungen für ihre Familie würden: „Meine drei Kinder brauchen Schulbegleitung, alle haben besonderen Förderbedarf. Ab Sommer stehen zehn Therapietermine pro Woche an – zusätzlich zum Alltag und dem Wunsch, dass unsere Kinder auch einfach mal Kind sein dürfen: spielen, Freunde treffen, Hobbys haben. Ein Teil dieser dringend nötigen Therapien wird durch die Eingliederungshilfe ermöglicht. Ohne sie wäre vieles nicht machbar.“

Auch aus Kölner Einrichtungen der Behindertenhilfe, die seit vielen Jahren unter anderem von „wir helfen“ gefördert werden, ist scharfe Kritik zu vernehmen: „Eingliederungshilfen sind kein Luxus. Wir leben in einer der reichsten Gesellschaften der Welt. Wenn deren Kanzler in Krisensituationen nichts anderes einfällt, als an Menschen mit Behinderungen zu sparen, weckt das gewisse Zweifel an dessen gesellschaftlicher und fachlicher Kompetenz. Denn die Steigerungen in diesem Bereich sind auf die allgemeinen Kosten- und Tariflohnentwicklung zurückzuführen, nicht darauf, dass Menschen mit Behinderung ihre Ansprüche hochgeschraubt haben. An den Schwächsten der Gesellschaft darf auf keinen Fall gespart werden“, mahnt Eva-Maria Thoms vom „mittendrin e.V.“, einem Kölner Verein, der sich für Inklusion starkmacht.

Silke Mertesacker und Matthias Toetz vom Vorstand der Lebenshilfe Köln unterstreichen die Problematik der angedachten Einsparungen mit einem Zitat von Gustav Heinemann: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder umgeht. Teilhabe ist kein Luxus, auch an ihr erkennen wir den Wert einer Gesellschaft – in diesem Fall ist es unsere!“

Die Botschaft hinter der Ankündigung des Kanzlers, „im Sozialrecht eine umfassende Aufgabenprüfung vorzunehmen“, sei „klar und eindeutig – Geld sparen bei Menschen mit Behinderung!“ und suggeriere, dass diese Menschen zu Unrecht Leistungen beziehen und zu viel Geld kosten.

## Gefährlicher Diskurs

„Auch uns stellt sich die von Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt, geäußerte Frage, warum der Kanzler einen gefährlichen Diskurs über den Investitionswert von bestimmten Menschengruppen aufmacht“, sagt

Mertesacker. „Sollten die Bundesregierung und die Ministerien tatsächlich diese Wege der Kosteneinsparung suchen, sind zwingend auch Menschen mit Behinderung selbst zu beteiligen. Wir laden die Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien hier in Köln ein, sich ein persönliches Bild der Lebenswirklichkeiten von Menschen mit Behinderung zu machen. Sprechen Sie mit ihnen direkt – nicht ohne sie, über sie!“, so Toetz.

Der Kölner Verein „wir für pänz“ kümmert sich um Familien und Kinder, die durch chronische Krankheit, Behinderung, Entwicklungsverzögerung oder durch Armut benachteiligt sind. Dessen Geschäftsführerin Petra Gast mahnt, „dass schon jetzt Kinder, Jugendliche und Familien unverhältnismäßig lange auf Bescheide für unterstützende Maßnahmen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben warten oder sie erst gar nicht gewährt bekommen, weil Zuständigkeiten hin und her geschoben werden. Oder schlicht das Geld zur Bewilligung fehlt.“

## Armut als ständiger Zustand

Häufig hätten diese Familien auch keine Kraft und keine Kompetenz, sich dagegen zu wehren. Die Konsequenz daraus sei unter anderem, dass Kindern und Jugendlichen der Kita- oder Schulbesuch verwehrt würde, ihnen das Recht auf individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe fehle und durch mangelnde Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, Armut als ständiger Zustand drohe. „Teilhabe ist ein Menschenrecht, keine Kann-Leistung des Staates. Kürzungen in der Eingliederungshilfe vergrößern die soziale Schere und gefährden den sozialen Frieden“, sagt Gast und fordert von der Politik ein klares Votum für Inklusion und Teilhabe, weniger Bürokratie und transparentere Strukturen – „denn Einsparungen in der Bürokratie setzen Gelder für dringend notwendige Leistungen frei.“

## Großes Familien-Fest in Lindweiler

Planschmalöör als Haupttakt beim Fest der sechs Kitas am 27. Juni

„Wir sind eine Welt – alle gleich, alle verschieden“ – Unter diesem Motto feiern sechs Kitas aus Langerich und Lindweiler am 27. Juni von 15 bis 18 Uhr auf dem Campus-Gelände des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. in Köln-Lindweiler gemeinsam ein buntes, kostenloses Familienfest. Eingeladen sind Familien, Kinder, die Nachbarschaft und alle Interessierten – ihnen wird allerhand Spiel, Spaß und Gemeinschaft geboten.

Auf dem Programm stehen spannende Aktionen für Kinder aller Altersstufen, wie zum Beispiel ein Zirkus zum Mitmachen, eine Hüpfburg, Kinderschminken und verschiedene Bastelangebote, auch kulinarische Spezialitäten aus aller Welt werden gereicht.

„Unser Fest steht für Vielfalt, Offenheit und ein buntes Miteinander, es soll Ausdruck gelebter Zusammenarbeit der Einrichtungen im Stadtteil sein“, sagt „Lino-Club“-Geschäftsführer Hans-Josef Saxler. Besonderes Highlight ist der Auftritt der Kölner Band Planschmalöör, die das Bühnenprogramm abschließen wird. (kro)

**Familienfest der Vielfalt**, 27. Juni 2025, 15 bis 18 Uhr, Soziales Zentrum Lino-Club e.V., Unnauer Weg 96a, 50767 Köln-Lindweiler



Foto: Martina Goyert

## WIR HELFEN KINDERN

So können Sie helfen



Jeder Cent geht an Kinder in Köln und der Region, da KStA Medien alle Verwaltungskosten trägt

**Mit unserer Jahresaktion** „wir helfen“: dass Kinder wieder mutig in die Zukunft gehen“ bitten wir um Spenden für Projekte in Köln und der Region, die benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu einer guten Zukunftsperspektive verhelfen und die Kompetenzen, die sie dafür brauchen, fördern und stärken.

## Die Spendenkonten lauten:

wir helfen – Der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg e. V.  
Kreissparkasse Köln, IBAN: DE03 3705 0299 0000 1621 55  
Sparkasse Köln-Bonn, IBAN: DE21 3705 0198 0022 2522 25

**Kontakt:** „wir helfen e.V.“, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln  
Telefon: 0221-224-2789 (Allgemeines, Anträge, Regine Leucker)  
0221-224-2130 (Redaktion, Caroline Kron)  
wirhelfen@kstamedien.de  
[www.wirhelfen-koeln.de](http://www.wirhelfen-koeln.de)



„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder umgeht. Teilhabe ist kein Luxus, auch an ihr erkennen wir den Wert einer Gesellschaft – in diesem Fall ist es unsere

Silke Mertesacker, Vorstandsmitglied Lebenshilfe Köln



„Teilhabe ist ein Menschenrecht, keine Kann-Leistung des Staates. Kürzungen in der Eingliederungshilfe vergrößern die soziale Schere und gefährden den sozialen Frieden

Petra Gast, Geschäftsführerin „wir für pänz e.V.“



„Wir leben in einer der reichsten Gesellschaften der Welt. Wenn deren Kanzler in Krisen nichts anderes einfällt, als an den Schwächsten zu sparen, weckt das gewisse Zweifel an dessen fachlicher Kompetenz

Eva-Maria Thoms, Mitglied des Gründungsteams von „mittendrin e.V.“



„Sollte die Politik tatsächlich diese Wege der Kosteneinsparung suchen, sind zwingend auch junge wie alte Menschen mit Behinderung selbst zu beteiligen, statt nur über sie zu reden und über sie zu bestimmen

Matthias Toetz, Vorstandsmitglied der Lebenshilfe Köln